S. 286 / Nr. 49 Verfahren (d)

BGE 78 II 286

49. Urteil der II. Zivilabteilung vom 30. September 1952 i. S. Ulrich gegen Ulrich.

Regeste:

Anspruch auf Ausgleichung bei der Erbteilung (Art. 626 ff. ZGB). Streitwert (Art. 36 und 46 OG).
Droit au rapport lors du partage de la succession (art. 626 et suiv. CC). Valeur litigieuse (art. 36 et 46 OJ).
Diritto alla collazione in caso di divisione successoria (art. 626 e seg. CC). Valore litigioso (art. 36 e 46 OG).

Bei der Teilung der mütterlichen Erbschaft unter den Brüdern Franz, Alois und Josef Ulrich erhob Franz Anspruch auf eine billige Ausgleichung nach Art. 633 ZGB im

Seite: 287

Betrage von Fr. 4500.-. Vom Obergericht des Kantons Nidwalden durch Urteil vom 19. Juni 1952 abgewiesen, hält er mit vorliegender Berufung an das Bundesgericht an diesem Begehren fest.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

Für sich allein betrachtet, würde der geltend gemachte Ausgleichungsanspruch den nach Art. 46 OG für die Berufung an das Bundesgericht erforderlichen Streitwertbetrag von Fr. 4000.- erreichen. Erbrechtliche Ausgleichungsansprüche nach Art. 626 ff. ZGB haben jedoch nicht selbständige Bedeutung. Sie betreffen nur ein Element der Berechnung der Erbteile, und der wirkliche Streitwert, das Interesse an solcher Ausgleichung, wird durch deren Auswirkung auf die Höhe des Erbteils des Ansprechers bestimmt. Dahin geht denn auch die ständige Rechtsprechung (erwähnt in BGE 65 II 90), eben entsprechend dem Charakter des Ausgleichungsanspruchs als einer bloss die Erbteilung vorbereitenden Feststellung (vgl. F. GUIBAN, im Journal des Tribunaux 1942, droit fédéral, S. 139/40). An dieser Betrachtungsweise ist um so mehr festzuhalten, als die neuere Rechtsprechung das wirtschaftliche Interesse an der Klage noch stärker als die frühere bei der Streitwertbestimmung berücksichtigt (z.B. bei Kollokationsstreitigkeiten, BGE 65 III 30).

Die vom Kläger angebehrte Ausgleichung würde das übrige Teilungsvermögen um den betreffenden Betrag von Fr. 4500.- vermindern. Der Kläger würde also daraus Fr. 1500.- weniger erhalten, als wenn die Ausgleichung unterbleibt. Im Endergebnis würde sich somit sein Erbbetreffnis bei Zubilligung eines Ausgleichungsbetrages von Fr. 4500.- nur um Fr. 3000.- erhöhen. Dies ist der wirkliche - für die Berufung ungenügende - Streitwert.

Demnach erkennt das Bundesgericht:

Auf die Berufung wird nicht eingetreten.

Seite: 288

Vgl. auch Nr. 46. Voir aussi no 46

Vgl. III Teil Nr. 17. - Voir aussi IIIe partie no 17